

PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 25. FEBRUAR 2020



ANTRAG **GESCHÜTZTE WEGE FÜR RADFAHRERINNEN UND RADFAHRER**

Geschützte Fahrradwege, sogenannte Protected Bike Lanes, sollen das Radfahren sicherer und komfortabler machen. Die Bürgerschaft hat heute beschlossen, dass unter Beteiligung der Beiräte in unterschiedlichen Stadtteilen geeignete Standorte für diese geschützten Radstreifen ermittelt werden sollen. Auf ausgewählten Strecken soll es dann eine Art Probelauf geben, bei dem auch Erfahrungen aus anderen deutschen Städten berücksichtigt werden.

Konkret werden die Radstreifen durch Poller oder ähnliche Maßnahmen gesichert. Dadurch wird verhindert, dass Autos darauf fahren oder parken können. Diese Radwege sind mindestens zwei Meter breit, damit es möglich ist, nebeneinander zu fahren oder zu überholen. Das geht nicht überall, sondern nur dort, wo die Straßen, die bislang dem Autoverkehr dienen, sehr breit sind.



Anja Schiemann

„Wenn man die verschiedenen Verkehrsarten vergleicht, ist völlig offenkundig, dass die meisten öffentlichen Verkehrsflächen Autos vorbehalten sind“,

erklärte die verkehrspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Anja Schiemann, in ihrer Rede in der Bürgerschaft. „Das liegt schon in der Natur der Sache, der Intensität des Autoverkehrs und nicht zuletzt einfach auch an der Größe der Automobile. Niemand wird widersprechen, wenn man sagt: Im direkten Vergleich machen Auto-Straßen gegenüber Fahrradspuren, Rad- oder Fußwegen den weitaus größten Teil der öffentlichen Verkehrswege aus.“

Geschützte Radwege und ein gut saniertes Rad- und Fußwegenetz im gesamten Stadtgebiet seien wichtige Elemente, um für alle Menschen, die an oder auf Bremens Straßen unterwegs sind, für mehr Sicherheit zu sorgen, so Schiemann weiter. Dass dafür auch Radfahrerinnen und Radfahrern mehr Platz eingeräumt werde, sei nicht nur gerecht, sondern

auch ein weiterer Anreiz zur Umsetzung der Verkehrswende.

Schiemann machte noch einmal deutlich: „Es geht hier nicht darum, das Auto als Verkehrsmittel zu verteufeln. Es geht nicht darum, Autofahrerinnen und Autofahrern das Leben schwer zu machen. Es geht darum, auch den übrigen Verkehrsteilnehmern attraktive und vor allem sichere Angebote zu machen. Und dazu muss eben auch der begrenzte Platz in unserer Stadt manchmal – zumindest im Ansatz – neu und gerechter verteilt werden.“

> Antrag: Geschützte Fahrradwege in Bremen für mehr Komfort und Sicherheit schaffen
bit.ly/geschuetzte_radwege

FRAGESTUNDE **ABSTANDSREGELUNGEN BEI SPIELHALLEN NICHT EINGEHALTEN?**

Die Breite Straße in Vegesack, das „Schweizer Eck“ in Osterholz oder die Ecke Hastedter Heerstraße / Föhrenstraße in Hastedt – all diese Gegenden sind geprägt von einer dichten Ansiedlung von Spielhallen. Das Bremische Spielhallengesetz besagt jedoch, dass ein Mindestabstand von 250 Metern Luftlinie zwischen zwei Spielhallen liegen muss.



Sascha Aulepp

Die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sascha Aulepp, fragte deshalb in

der Fragestunde nach: Sind dem Senat weitere Fälle bekannt, in denen die Mindestabstandsregelung nicht eingehalten wird? Wie will der Senat diese Richtlinie überhaupt umsetzen? Und hält der Senat eine ähnliche Abstandsregelung zu Schulen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen für sinnvoll?

Das Bremische Spielhallengesetz sehe gewisse Übergangsregelungen für Spielhallen vor, berichtete Wirtschaftsstaatsrat Sven Wiebe in der Sitzung der Stadtbürgerschaft für den Senat. Knapp 40 solcher Sonderregelungen seien erteilt worden, ihre Gültigkeit erlösche Mitte 2022. Etwa 20 weitere Erlaubnisse seien verwehrt worden, wogegen einige Klagen beim Verwaltungsgericht

anhängig seien. „Der Ausgang der Verfahren vor den Verwaltungsgerichten bleibt abzuwarten“, so Wiebe. Die jeweiligen Spielhallen seien zu schließen, sofern das Gericht die Rechtmäßigkeit jener Ablehnungen bestätige. Abschließend betonte Wiebe noch einmal, dass das Bremische Spielhallengesetz großen Wert auf den Jugendschutz lege. So sei es Spielhallen nicht erlaubt, ihre Werbung direkt an Minderjährige zu richten. Zudem, so der Staatsrat, würden keine Genehmigungen für Spielhallen erteilt, „wenn diese eine Gefährdung der Jugend, eine übermäßige Ausnutzung des Spieltriebs oder eine nicht zumutbare Belästigung einer im öffentlichen Interesse bestehenden Einrichtung befürchten lässt“.

FRAGESTUNDE **POSTFILIALE IN GRÖPELINGEN PLÖTZLICH GESCHLOSSEN?**

Am 15. Januar 2020 standen die Kunden der Postfiliale in der Gröpelinger Heerstraße vor verschlossenen Türen. Zur Überraschung der Anwohnerinnen und Anwohner hatte die Post die Filiale kurzfristig geschlossen. Die SPD-Abgeordnete Petra Krümpfer wollte deshalb vom Senat wissen, wie der Informationsaustausch lief, ob der Senat die Deutsche Post bei der Raumplanung unterstützt und ob Gespräche mit Verantwortlichen der Deutschen Post geplant sind, um für eine Wiedereinrichtung einer Postfiliale zu sorgen.

In seiner Antwort berichtet der Staatsrat für Wirtschaft, Sven Wiebe, für den Senat, dass auch dieser kurzfristig über die Schließung in Kenntnis gesetzt worden



Petra Krümpfer

Elombo Bolayela

sei. Daraufhin habe der Senat die volle Unterstützung bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten zugesichert. Nur wenige Wochen später konnte die Deutsche Post allerdings eine Nachfolgelösung finden: Am selben Standort werde am 10. März

eine neue Filiale eröffnen.

Der SPD-Abgeordnete Elombo Bolayela machte in einer Nachfrage deutlich, dass viele Stadtteile von Schließungen von Bankautomaten und Postfilialen betroffen seien und wollte wissen, ob der Senat eine entsprechende Informationsstruktur besitzt, um die Bewohnerinnen und Bewohner über derartige Vorgänge in Kenntnis zu setzen. Wiebe betonte daraufhin erneut die Zusammenarbeit mit der Post, aber machte auch deutlich, dass die Einflussmöglichkeiten des Senats seit der Privatisierung der Post äußerst begrenzt seien. Ein langfristiges Konzept, um entsprechende Probleme zu verhindern, gebe es jedoch nicht.